

Antifa-Print #7

April 2011



Infoblatt der Antifaschistischen Linken Münster

antifa-muenster.de.ms



Dresden 2011

Das Ende eines braunen Mythos?

Dresden, 19. Februar 2011. An die 20.000 Antifaschist_innen kamen in die Elbstadt um den bis dato größten Aufmarsch in Europa von braunen Geschichtsverdreher_innen, Rassist_innen und Faschist_innen zu blockieren. Trotz einer Justiz, die den Nazis per Gerichtsbescheiden den Marsch ermöglichen wollte, trotz Kriminalisierung der Proteste schon Monate im Vorfeld, trotz einer aggressiven Strategie der Polizei und der daraus resultierenden massiven Polizeigewalt konnte der Naziaufmarsch verhindert werden. Rückblickend stellt sich die Frage, wie hoch der Preis dieses politischen Erfolges war?

Dresden 2011 war eine der größten antifaschistischen Mobilisierungen der letzten Jahre, ein Kraftakt, an dem viele beteiligt waren. Schon im Dezember 2010 formierte sich in Münster ein Bündnis verschiedener linken Gruppierungen, an dem sich auch unsere Gruppe - die Antifaschistische Linke Münster - beteiligte. Das Bündnis war breit aufgestellt, es reichte vom DGB über die Jusos und die Linkspartei bis hin zu Antifa-Gruppen. Es trat mit einem gemeinsamen Ziel an: den geschichtsrevisionistischen "Trauermarsch" nicht bloß symbolisch zu blockieren. Dabei orientierte sich das Bündnis an dem bundesweiten Zusammenschluss „Dresden Nazifrei“.

Außerdem sollte Interessierten so Möglichkeiten geschaffen werden, in der eigenen Stadt bereits im Vorfeld aktiv zu werden bzw. sich informieren zu können. Alle zwei Wochen fand deshalb ein offenes Aktiven-Treffen statt, auf dem sich jede und jeder einbringen konnte, die und der das gemeinsame Ziel teilte.

Das Bündnis organisierte zudem zwei Infoveranstaltungen, in denen sowohl ein Ausblick und eine Einschätzung zu Dresden 2011 als auch praktische Demotipps sowie Do's und Dont's mitgeteilt wurden. Die kritische Beleuchtung des Dresden-Mythos und des städtischen Gedenkens waren Teil des Vortrages. Trotzdem rückte die kritische Auseinandersetzung mit den geschichtspolitischen Positionierungen zur Bombardierung Dresdens in diesem Jahr etwas in den Hintergrund. Eine inhaltliche Veranstaltung zum Thema wäre in Münster sicherlich sinnvoll gewesen.

Die politischen Folgen der so genannten Extremismustheorie wurden vom Bündnis „Münster Nazifrei“ im Rahmen einer Diskussionsveranstaltung thematisiert. Gegen diese im gesellschaftlichen Diskurs aktuelle Argumentation, mittels derer Linke und Rechte gleichgesetzt werden, wandte sich vor allem das Antifa-Bündnis „No Pasarán“ unter der Parole „Extremismusquatsch angreifen!“ Ergänzend zu den drei Veranstaltungen gab es noch ein Blockadetraining mit Rechtstipps zur praktischen Vorbereitung.

Zur weiteren Mobilisierung wurden noch verschiedenste Aktionen wie eine antifaschistische Kneipentour, tausende Aufkleber, Flyer- und Plakataktionen und zwei „Flashmobs“ organisiert.

Alles in allem kann man die Münsteraner Mobilisierung als Erfolg be-

trachten, denn alle drei Busse waren voll besetzt. Über 150 Menschen führen von Münster nach Dresden, mit dem Ziel den "Mythos Dresden" dieses Jahr endgültig über die Klippe zu schubsen.

Landesweite Koordination

Landesweit koordiniert wurden die Busanfahrten aus den verschiedenen Städten von dem aus Antifagruppen bestehenden Bündnis "No Pasarán NRW", welchem wir angehörten, und dem spektrenübergreifenden Koordinierungskreis "Dresden Nazifrei NRW", welches auch aus Parteien und Gewerkschaftsverbänden bestand. Landesweit wurde die Mobilisierung vom Vorjahr um zehn Busse übertroffen, so dass NRW dieses Jahr mit über 20 Bussen einen nicht unerheblichen Teil der Blockierenden und anderweitig Aktiven in Dresden gestellt hat. Die vielen Wochen



der Planung und Koordination zahlten sich letztendlich aus, denn die Anfahrt verlief genau wie geplant, so dass sich alle Busse zur verabredeten Zeit an den richtigen Orten trafen um gemeinsam nach Dresden zu fahren. Auf der Anfahrt gab es bereits einen Vorgeschmack für das an diesem Tag typische Verhalten der Polizei zu spüren. Einzelne Busse wurden aus dem Konvoi gewunken, durchsucht und auf den Kopf gestellt. Nichtsdestotrotz kamen wir, zwar nicht ganz planmäßig, aber immer noch als erster Konvoi überhaupt, in Dresden an.

Oder besser: kurz vor Dresden. Die Polizei versuchte alles um die Busse auf die Nordseite der Elbe umzuleiten, rechnete aber nicht damit, dass die über 1000 Antifaschist_innen einfach aussteigen würden um ihren Weg in die Stadt zu Fuß zu finden. So konnte das Polizeikonzept, die Gegendemonstrant_innen und die Neonazis räumlich durch die natürliche Barriere der Elbe zu trennen, unterlaufen werden.

Das Finger-Konzept

Natürlich hatte der etwas chaotische Start seine Folgen. Das Konzept der Aufteilung in sogenannte Finger wurde direkt zu Beginn größtenteils durcheinander gebracht. Durch den überstürzten Start wurden viele Personen von ihrem Finger getrennt. Außerdem folgten schon bald nach dem Erreichen der Stadt die ersten, überraschend aggressiven Eingriffe der Polizei, so dass die Finger förmlich auseinander geprügelt und viele kleinere Grüppchen oder Einzelpersonen von ihnen getrennt wurden.

Als einer der ersten Konvois in Dresden standen wir leider den unsympathischen Berliner Hundertschaften gegenüber.

Aber hat sich das Fingerkonzept hierdurch als nicht funktionsfähig erwiesen? Auch wenn es auf den ersten Blick so scheinen könnte, hatte die Strategie einen erheblichen Vorteil: Einzelgruppen konnten sich jedem Finger, auf den sie trafen, sehr leicht anschließen, der Aktionskonsens bei den Blockierer_innen war klar und meist war durch die Anbindung an die Infostruktur auch ein sinnvolles Ziel bekannt. Somit war jederzeit eine Aktionsfähigkeit gewährleistet, die ohne die Finger-Struktur vermutlich nicht vorhanden gewesen wäre. Zu bemerken ist jedoch, dass sich das „Durchfließen“ von Polizeiketten mit dem Fünf-Finger-System in einer Straße, wo die Ausweichflächen nach links und rechts durch Häuser begrenzt sind, schlecht durchführen lässt.

Die Erwartung, dass die Polizei eine (laut Aktionskonsens) friedliche Demo relativ unbeschadet vorbeiziehen lassen würde, hat sich als Fehleinschätzung erwiesen. Mit der Gewaltbereitschaft der Staatsmacht in diesem Ausmaß hatte im Vorhinein wohl niemand gerechnet. Allerdings ist im nächsten Jahr womöglich mit einer ebenso eskalativen Polizeistrategie zu rechnen, vermutlich sogar mit einer noch größeren Zahl von Einsatzkräften, sollte es nicht gelingen, die Repression gegen Blockierer_innen öffentlich zu skandalisieren. Alles in allem hat das Fingerkonzept definitiv nicht versagt und hat auch in diesem Jahr in Dresden einen wichtigen Beitrag zum Gelingen der Blockaden beigetragen. Um Großaufmärsche der Nazis auch weiterhin zum Desaster machen zu können, muss es nun eine konstruktive gemeinsame Reflexion und weitere Ausarbeitung dieses Konzepts durch uns Antifaschist_innen geben. Aus Fehlern kann gelernt werden und aufbauend auf dem bisherigen Erfolg des Fingerkonzepts und der Weiterentwicklung aus damit gemachten Erfahrungen können wir eine effektive Vorgehensweise gegen Großevents der Neofaschist_innen optimieren.

„Ganz NRW hasst die Polizei“

Wie bereits erwähnt, war Dresden 2011 vor allem von einer massiven Gewaltbereitschaft seitens der Polizei geprägt. Nach den friedlichen Blockaden im letzten Jahr, bei denen durch breite Bündnisse und einen nicht-eskalativen Aktionskonsens die Nazis zum ersten Mal blockiert werden konnten, hatten die Blockierer_innen auf dieselbe Strategie gesetzt – jedoch weit gefehlt.

Die Polizei brauchte keine Provokation aus der Demonstration heraus, um anzugreifen. Ob Black-Block-Outfit oder bunt gekleidet, ob jung oder alt, ob Kinder in der Demo oder Presse und Abgeordnete anwesend waren – ohne Unterschied wurde am Vormittag mit Knüppeln und Pfefferspray auf Demonstrant_innen eingepregelt. Ein Antifaschist aus unserem Konvoi musste mit einer Gehirnerschütterung und dem Verdacht auf innere Blutungen im Krankenhaus behandelt werden, etliche andere erlitten leichtere Verletzungen oder Knochenbrüche. Ganz zu schweigen von dem psychischen Druck dieser Situationen. Viele Antifaschist_innen erlitten Schockzustände, für einige wird Dresden wohl leider ein traumatisches Erlebnis von Polizeigewalt bleiben.

Verletzte konnten außerdem teilweise nicht behandelt werden. Die Polizei verhinderte dies effektiv, indem sie Verletzte, die zu Sanitäter_innen gebracht werden sollten, einfach herauszogen, teilweise über den Boden schleiften, um sie anschließend, abgeschottet von Sanitäter_innen, An-

wält_innen oder Genoss_innen, zu kontrollieren. Besonders „hervorgetan“ haben sich mal wieder Berliner Einsatzhundertschaften, welche selbst in Polizeikreisen oftmals als „Assis mit Knüppeln“ bezeichnet werden. Teilweise wurden sogar die Demosanitäter_innen aufgefordert: „Kommt mal mit da `rüber, da geht`s gleich ab! Da gibt`s dann Arbeit für euch“. Die Eskalation von Seiten der Polizei ist aber nicht durch das Verhalten einzelner, besonders brutaler Einsatzhundertschaften zu erklären, sondern war Teil einer politisch gewollten Polizeistrategie. Ende Januar war die Polizeiführung für ihren Einsatz 2010 gerügt worden, weil die Polizeikräfte im Vorjahr angeblich zu lasch gegen Blockaden vorgegangen seien. Diesen Vorwurf wollte sich die Polizei anscheinend nicht noch einmal einfangen.

Trotzdem scheiterte die Polizeistrategie an der schieren Masse an Antifaschist_innen und deren Entschlossenheit. Die Blockaden konnten sich trotz aller Polizeigewalt (inkl. Einsatz von Hundestaffeln, Wasserwerfern und Pepperballs) manifestieren und durch die instabile Situation in der ganzen Stadt gehalten werden. Erst am Nachmittag beruhigte sich die Lage etwas.

VertreterInnen des Bündnis „Dresden Nazifrei“ haben das Verhalten der Polizei als „Rechts wegschauen, links weghauen!“ bezeichnet, denn bei einem zehnmütigen Angriff eines Neonazi-Mobs auf ein linkes Wohnprojekt griff die anwesende Polizei nicht ein. Die Stürmung des Pressebüros von „Dresden Nazifrei“ am Abend durch Spezialeinheiten wurde berechtigterweise als polizeiliche „Rache“ gewertet.

Eins kann mit Sicherheit aus den Ereignissen in Dresden 2011 geschlossen werden: Breite Bündnisse sind kein Garant (mehr) für die Möglichkeit friedlich demonstrieren oder blockieren zu können. Dass die Polizei nicht nur auf aus ihrer Sicht „linksradikale Chaot_innen“, sondern auf alle Demonstrierenden einschlagen kann, hat sie schon durch ihr Vorgehen bei Stuttgart 21 oder den Anti-Atom-Protesten unter Beweis gestellt. Diese Erfahrung müssen wir in zukünftige Überlegungen einbeziehen. Im Gegensatz zum Bild von den „marodierenden Horden von Linksextremen“, welches die Medien vermittelten, kam es erst zwei Stunden nach den ersten Polizeiübergreifen zu Aktionen, die sich gegen die Einsatzhundertschaften der Polizei richteten, die bis zu diesem Zeitpunkt keine Mittel außer das der Gewaltanwendung fanden. Abseits der großen Blockadepunkte wurden auch Straßensperren aus Baumaterial errichtet.

Ein erkämpfter Erfolg

Dresden 2011 war ein Erfolg, wir haben den Naziaufmarsch erneut verhindern können! Auch wenn wir dabei auf viel Negatives zurückblicken müssen. Dieses Jahr hatten die Kader der Kameradschaften, der NPD und der JLO anscheinend schon Probleme mit der Mobilisierung, da sich viele Neonazis nicht mehr so leicht auf die Straße holen ließen wie in den Vorjahren, in denen der Naziaufmarsch in Dresden einzigartig in seiner Form und der Zahl der Teilnehmenden war. Nur knapp 2500-3000 Nazis machten sich dieses Jahr auf den Weg, das sind 50% weniger als 2010. Die Nazis selbst waren an dem Tag weitestgehend handlungsunfähig. Zwar stilisieren sie nun jeden Fußmarsch von ihren Bussen in der Pampa Dresdens zum nächsten Polizeikessel als „Spontandemo“, doch sowohl das „Massenerlebnis“ eines tausendköpfigen Demozuges als auch die politische Außenwirkung wurde ihnen genommen. In Foren und Erlebnisberichten der Nazis herrscht darüber eine große Frustration.

Der „Fackelmarsch“ der Nazis, der am 13. Februar durch einen Dresdener Außenbezirk zog, konnte zwar nicht verhindert werden. Allerdings waren auch hier die Gegenaktionen, für die nur regional mobilisiert wurde, so groß wie nie zuvor. Sie sorgten dafür, dass der Nazimarsch verkürzt werden musste. Es darf also gehofft werden, dass die Anziehungskraft, die Dresden für Nazis hatte, gebrochen wurde und der größte Naziaufmarsch Europas bald Geschichte ist. Und wenn die Neonazis das jetzt immer noch nicht kapiert haben, kommen wir im nächsten Jahr wieder - mit noch mehr Antifaschist_innen - und verhindern den braunen Aufmarsch abermals!

Doch wie hoch war der Preis für die Blockierung des Aufmarsches? Allein die Anzahl der Verletzten wirft Fragen auf. Wir müssen uns als Gruppe von den mitgeführten Antifaschist_innen vorwerfen lassen, dass wir das Gewaltpotenzial der Polizei deutlich unterschätzt haben und es nicht gewährleisten konnten die Leute sicher und unbeschadet zu den (und durch die) Blockaden zu bringen. Für viele Antifaschist_innen war das Erleben derart brutaler Polizeigewalt schockierend. Wir müssen uns eingestehen, dass wir bei unseren Infoveranstaltungen zu wenig auf solche Eventualitäten eingegangen sind. Im Vorfeld zu Dresden haben alle Bündnisse und Gruppen zu „friedlichen Massenblockaden“ aufgerufen. Unser Aktionskonsens war transparent und beinhaltete die Selbstverpflichtung „Von uns geht keine Eskalation aus.“ Das aggressive Vorgehen der Polizei haben wir in diesem Maße nicht vorhergesehen. Somit hatten sich die meisten Blockierenden auf andere Situationen eingestellt: Schlimmstenfalls würden sie sich von der Polizei wegtragen oder wegdrängen lassen.

Auch im nächsten Jahr wird mit Sicherheit keine größere Rücksichtnahme von Polizeiseite zu erwarten sein. Die Entscheidung, ob die Proteste in Dresden „eskalieren“ oder nicht, liegt dann nicht in unserer Hand. Was in unserer Hand liegt ist allerdings die (Weiter-)Entwicklung von Strategien, um auch nächstes Jahr erfolgreich zu sein. Wir sind zuversichtlich, dass wir anknüpfend an die Erfahrungen der letzten zwei erfolgreichen Jahre gemeinsam neue und effektive Wege finden werden.

No pasarán!



Wiedersehen macht Freude

1000-Kreuze Marsch in Münster 2011

Seit sechs Jahren kommen fundamentalistische Christ_innen nach Münster, um gegen Schwangerschaftsabbrüche zu demonstrieren. Am 12. März fand wieder ein solcher „1000 Kreuze Marsch für das Leben“ statt.

Hierzu reiste der Veranstalter Wolfgang Hering von der Gruppe „Euro Pro Life“ eigens aus München an, von wo er auch gleich seine Kreuze mitbrachte. Ganze 150 Teilnehmer_innen waren es dieses Jahr wieder, die seinem Aufruf folgten. Ihr Spektrum umfasste dabei vor allem katholische und evangelische Fundamentalist_innen, die Schwangerschaftsabbrüche als „Sünde“ auslegen und sich auch sonst einer wörtlichen Auslegung der Bibel verpflichtet. In diesem Jahr blieben die Christ_innen unter sich, anders als 2010 nahmen keine Mitglieder der Junge Nationaldemokraten und der NPD an dem Gebetszug teil.

Ideologie des Lebensschutzes

„Lebensschützer“ bezeichnen Schwangerschaftsabbrüche als „Morde“. Unter Rückgriff auf theologische Interpretationen gilt ihnen schon die befruchtete Eizelle als „beseelt“ und folglich als „Kind“ und „Geschöpf Gottes“. Sie fordern deshalb ein generelles Verbot aller Abtreibungen. Sie sprechen den betroffenen Frauen so jegliches Recht ab, über ihren Körper selbst zu entscheiden und ihre Lebensplanung selbst zu führen. „Euro Pro Life“ behauptet, dass jeden Werktag 1000 „ungeborene Kinder“ durch Schwangerschaftsabbrüche „ermordet“ würden. Dass es laut dem Statistischen Bundesamt gerade einmal 300 Abtreibungen sind, stört sie nicht. Sie behaupten, diese Zahlen würden die Masse an heimlich durchgeführten Abtreibungen verschleiern und unterstellen, dass das Statistische Bundesamt die tatsächliche Zahl zurückhalten würde. Und: Manchen „Lebensschützern“ gilt schon die Verhütung mit der Pille als „Mord“. Den Abtreibungsgegner_innen geht deswegen auch der restriktive

§ 218 StGB, der den Schwangerschaftsabbruch grundsätzlich unter Strafe stellt und nur eine Fristenlösung enthält, nicht weit genug. Der Paragraph schränkt die Strafbarkeit eines Schwangerschaftsabbruchs lediglich ein.

Viele lehnen selbst außer-ehelichen Sex oder die Verwendung von Verhütungsmitteln ab. Hier zeigt sich wessen Geistes Kind diese „Lebensschützer“ sind. Sie halten an einem patriarchalen Rollenverständnis fest, in dem Frauen nach der alten Formel „Küche, Kinder, Kirche“ auf ihre Funktion in der Reproduktion reduziert werden. Zu ihren Feindbildern zählen zudem Feminist_innen und Homosexuelle, die sich ihrer konservativen Vorstellung von Ehe und Familie widersetzen.

„Euro Pro Life“ argumentiert außerdem, dass Europa ein „aussterbender Kontinent“ sei. Mit einer Geburtenrate von nur 1,5 sei die Selbsterhaltung eines Volkes nicht möglich. Hierzu sei vielmehr eine Geburtenrate von mindestens 2,1 erforderlich, haben sie errechnet. Sie befürchten, dass Abtreibungen den demographischen Wandel der „Deutschen“ noch beschleunigen würden, während Migrant_innen immer mehr würden. Damit bewegen sie sich argumentativ auf einem Niveau mit rassistischen Ideologen, die vor dem „Volkstod“ und „Überfremdung“ in Deutschland warnen. Kein Wunder, dass die ansonsten nicht besonders „christliche“ NPD Interesse an den 1000 Kreuze Märschen gezeigt hat. Unter den selbst ernannten Lebensschützern kursiert zudem der Begriff des „Babycaust“. Damit setzen sie Schwangerschaftsabbrüche mit dem Holocaust an den europäischen Jüdinnen und Juden im Nationalsozialismus gleich.

Proteste 2011

Einer solchen Ideologie gilt es sich entgegenzustellen und so geschah dies auch in diesem Jahr. Unter dem Motto „Fundamentalistische Christ_innen abschirmen“ rief das Bündnis gegen 1000 Kreuze auf, den



Gebetszug „abzuschirmen“ und kreativ zu begleiten. Hierzu sammelten sich weit über 200 Teilnehmer_innen. Unter anderem mit besprühten Regenschirmen machten sich die Gegendemonstrant_innen im Anschluss an die Kundgebung zum 100. Internationalen Frauentag auf, um sich an den Aktionen rund um den Gebetszug zu beteiligen. Dies hatte zur Folge, dass der „Gebetszug“ über eine Stunde nicht den Auftaktort verlassen konnte und ein Pfeifkonzert die Reden übertönte. Mit Svenja Schulze (NRW-Wissenschaftsministerin) und der grünen Landtagsabgeordnete Josefine Paul nahmen erstmals auch öffentlich Vertreter_innen der Landespolitik an den Gegenprotesten teil.

Doch wie in den Vorjahren war ein Großaufgebot der Polizei vor Ort, um Gegendemonstrant_innen auf Abstand zu halten. Bereits 2009 nahm die Polizei die Personalien von 120 Personen auf, woraufhin die Staatsanwaltschaft gegen diese wegen einer vermeintlichen Blockade Verfahren wegen Versammlungssprengung (§21 Versammlungsgesetz) einleitete. Dieser kuriose Paragraph, der die Verhinderung anderer Versammlungen unter Strafe stellt, wurde hier erstmals in Deutschland umfassend gerichtlich verfolgt. Während bei anderen Protesten, etwa gegen Naziaufmärsche, die Verfahren bisher von der Staatsanwaltschaft ohne weitere Auflagen eingestellt wurden, scheint es in Münster die Order zu geben, diese Verfahren bis zuletzt zu verfolgen. Sollte die Münsteraner Staatsanwaltschaft erfolgreich sein, hieße dies, dass nun etwa auch Sitzblockaden gegen Nazis wieder juristisch verfolgbar wären.

Juristische Auseinandersetzungen

Die Situation scheint vergleichbar mit den Verfahren wegen Nötigung (§240 StGB), mit denen Staatsanwaltschaft bis in die 1990er Jahre hinein Sitzblockierer_innen verfolgte, bis 1995 endlich das Bundesverfassungsgericht dem Treiben von Polizei, Staatsanwaltschaft und Gerichten Einhalt gebot. Nun scheint es die Münsteraner Staatsanwaltschaft darauf anzulegen eine Strafbarkeit solcher Sitzblockaden unter dem Vorwurf der Versammlungssprengung erneut zu prüfen. Dabei macht sie sich möglicherweise den Umstand zu Nutzen, dass sich die Proteste hier gegen Christ_innen im katholischen Münster und nicht gegen Nazis richteten, was eine Abwägung zu Ungunsten der linken Proteste bedeuten könnte. An ihrem Verhalten hält die Staatsanwaltschaft auch weiterhin fest, obwohl sie bereits ihre erste Niederlage einstecken musste, da gleich das erste Urteil, gegen das eine Revision am OLG Hamm einge-



legt wurde, aufgehoben und an das Amtsgericht zurückverwiesen wurde. In der Begründung des OLG heißt es, dass die Angaben zur Tat für eine Verurteilung nicht ausreichen würden. Der Rechtsanwalt Sebastian Nickel bezeichnete die Aufhebung des Urteils als „eine schallende Ohrfeige, was die rechtliche Würdigung angeht“. Ähnlich äußerte sich Wilhelm Achelpöehler, ein weiterer Anwalt der Betroffenen. Er bezeichnete die Entscheidung des OLG als ein „Zurückpfeifen der Staatsanwaltschaft in Münster“. Es bleibt zu hoffen, dass die Gerichte in den Berufungsinstanzen sich nun dieser Entscheidung anschließen und der Strafbarkeit von Sitzblockaden Einhalt gebieten. Zwar wurden viele Personen bereits freigesprochen oder ihre Verfahren wurden gegen eine geringe Auflage eingestellt, aber eine grundsätzliche Entscheidung in der Sache steht noch aus.

Nachdem die Proteste im letzten Jahr weitgehend reibungslos verliefen, nahm die Polizei dieses Jahr wieder die Personalien von 105 Personen auf, die sich an den Protesten beteiligten und kündigte an, dass auch gegen diese ein Verfahren wegen eines Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz eingeleitet würde. Dem Veranstalter scheint das Verhalten der Polizei jedenfalls gefallen zu haben, denn er forderte zum Abschluss des Gebetszuges die Teilnehmenden auf, drei „Vater Unser“ für die anwesenden Polizist_innen zu beten.

Es bleibt zu hoffen, dass eine baldige Klärung der Rechtslage zu einer umfassenden Einstellung der noch laufenden Verfahren führt und Blockaden in Zukunft nicht mehr mit fadenscheinigen Begründungen kriminalisiert werden.

Mehr Infos über die christlichen Fundamentalist_innen findet ihr in einem Dossier auf unserer Website.

Leser_innen schreiben...

Ich befürworte den Gebetszug „1000 Kreuze für das Leben“, denn Abtreibung ist Mord. Ich finde es nicht gut, daß Ihre Gruppierung diesen Gebetsmensch gestört hat. Ich fordere Sie auf, solches Verhalten zu unterlassen.

Amüsiert hat uns noch ein Brief von einer Person, die uns offensichtlich nicht ganz so wohlgesonnen ist. Eigentlich müssten wir so etwas ja bereits gewöhnt sein, schließlich beschwerten sich die Leute meistens nur schriftlich über uns, doch wir finden, dieser Brief verdient eine besondere Würdigung. Neben dem Post-It-Zettel wurden noch zwei vollkommen verstrahlte Broschüren mitgeschickt, die vor Bibelziten nur so strotzen: „Die Freuden der Mutterschaft“ (inkl. Tipps wie man Kinder zu schlagen hat, damit sie brav sind) und „Es ist einfach gerettet zu werden“. Von einer weiteren inhaltlichen Auseinandersetzung mit den Texten wollen wir an dieser Stelle einmal absehen. Nur so viel: Wir wollen nicht auf die „Errettung“ aus dem „irdischen Jammertal“ im Jenseits warten, denn: „Die Aufhebung der Religion als des illusorischen Glücks des Volkes ist die Forderung seines wirklichen Glücks: Die Forderung, die Illusionen über seinen Zustand aufzugeben, ist die Forderung, einen Zustand aufzugeben, der der Illusionen bedarf.“ (Karl Marx) Für die Abschaffung aller Verhältnisse, in denen der Mensch ein geknechtetes Wesen ist, werden wir weiterhin auf die Straße gehen. Wir werden „solches Verhalten“ nicht unterlassen. Versprochen.



13. bis 15. Mai: LadyfestMünster

Ein Gastbeitrag von
der Ladyfest Gruppe

Das erste queer-feministische LadyfestMünster wird vom 13. bis 15. Mai in den ehemaligen Rebelltanz-Räumlichkeiten direkt am Hauptbahnhof in Münster stattfinden. Ladyfeste gibt es seit über zehn Jahren auf der ganzen Welt – in Münster bislang aber noch nicht. Das wollen wir ändern: Mit einem selbstorganisierten und unkommerziellen Festival schaffen wir Räume, in denen Feminist_innen ihr Wissen bei Workshops und Vorträgen vermitteln und teilen können, wo zusammen diskutiert, gefeiert, gelernt und performt werden kann. Künstler_innen können dort ausstellen, Musiker_innen wird eine Bühne für Konzerte geboten. Drei Tage lang werden Vorträge in verschiedene Themen wie Gendertheorien, Critical Whiteness oder Transidentitäten einführen. Aber auch praktische Workshops (z.B. Skaten, Tango oder Tontechnik) kommen nicht zu kurz. Abends spielen u.a. Sookee, Elcassette, Krikela und Poly:amie.

Das LadyfestMünster knüpft an die Ideen der Riot-Grrrl-Bewegung der 1990er Jahre an: Wir wollen der Unterrepräsentation von Musikerinnen

und Künstlerinnen praktisch etwas entgegen setzen. Gleichzeitig versuchen wir aber auch das binäre Geschlechtssystem, also die angeblich natürliche Einteilung in die zwei Kategorien „Frau“ und „Mann“, zu hinterfragen und aufzubrechen.

Als „offenes Ladyfest“ richtet sich das Festival nicht an nur FrauenLesbenTrans, sondern auch männlich definierte Menschen, die die Ladyfestidee unterstützen, sind willkommen. Trotzdem werden einige Veranstaltungen nur für bestimmte Gruppen geöffnet sein. Das LadyfestMünster will ein Mitmachfestival sein, bei dem sich alle Wohlfühlen können. Ausschluss und Diskriminierung geschieht oft unbewusst, deshalb: Denk über dein eigenes Verhalten nach und respektiere die Grenzen der anderen, damit alle das Wochenende genießen können. Wir freuen uns auf euch!

Lust mitzumachen? Wir suchen Leute, die Schlafplätze anbieten, beim Ladyfest mithelfen oder mitplanen wollen. LadyfestMünster braucht dich!

ladyfestms.blogspot.de // ladyfestms@yahoo.de

Bleiberecht für Roma

Am 31. März lief der im Dezember von der Landesregierung beschlossene Abschiebestopp (so genannter Wintererlass) für Roma und andere Minderheiten in das Kosovo ab. Jetzt droht ihnen wieder die Abschiebung in elendige Verhältnisse im Kosovo, das vor allem die in Deutschland geborenen Kinder nur aus Erzählungen kennen und in der gesellschaftliche Minderheiten wie die Roma massiver Diskriminierung und Verfolgung ausgesetzt sind. Für ein dauerhaftes Bleiberecht für die Roma protestierten deshalb ungefähr 120 Betroffene und Unterstützer_innen. In Redebeiträgen wurde auf die Lebenssituation im Kosovo aufmerksam gemacht und gefordert, die Abschiebungen sofort und für immer auszusetzen.

Mehr Infos:

www.aktion302.de

www.ggua.de





Nichts und niemand ist vergessen!

Kundgebung und Demonstration in Gedenken an Thomas Schulz

Am 28. März 2005, wurde der Punker Thomas Schulz von einem Neonazi ermordet. Inmitten der U-Bahn-Station Kampstraße in der Dortmunder Innenstadt wurde Thomas von dem damals 17-jährigen Sven Kahlin niedergestochen. Noch am selben Abend erlag Thomas im Krankenhaus seinen Verletzungen. Sein Mörder wurde daraufhin wegen Totschlags zu einer Jugendstrafe von sieben Jahren verurteilt. Eine politische Motivation hatte die I. Große Strafkammer des Dortmunder Landgerichts bei Kahlin nicht erkennen können, auch wollte das Gericht nicht von Mord sprechen, da das "Mordmerkmal der Heimtücke" nicht gegeben gewesen sei.

Dortmunder Antifaschist_innen betreiben seit den Ereignissen am Ostermontag 2005 mit alljährlichen Kundgebungen, Demonstrationen und weiteren Aktionen wie Straßenumbenennungen aktive und erfolgreiche Gedenkpolitik, um auf den Mord und dessen politischen Kontext hinzuweisen. Nicht zuletzt auch der erneute Naziangriff auf die Kneipe Hirsch Q im Dezember 2010 gibt uns allen Anlass im Rahmen der Gedenkdemo auf die recht aktive Neonaziszene in Dortmund hinzuweisen und antifaschistischen Protest auf die Straße zu tragen. Unter den Angreifer_innen hatte sich auch der wenige Wochen zuvor frühzeitig aus der Haft entlassene Sven Kahlin.

Am 28. März 2011 versammelten sich rund 150 Antifaschist_innen zu einer Gedenkkundgebung an der U-Bahn-Station Kampstraße. Neben Redebeiträgen, die an den Mord an Thomas erinnerten, wurde über aktuelle rechte Gewalttaten informiert sowie die Notwendigkeit einer Beratungsstelle für Opfer von rechter Gewalt dargelegt. Zudem spielten zwei lokale HC- /Punk-Bands.

Am darauf folgenden Samstag fand eine Demonstration in Erinnerung an Thomas und alle anderen Opfer rechter Gewalt statt. Mit circa 700 Teilnehmer_innen zog eine lautstarke Demo durch die Nordstadt und Innenstadt bis zur Abschlusskundgebung an der Kampstraße. In Redebeiträgen wurde neben den Aspekten, die auch bei der Kundgebung am vorhergegangenen Montag thematisiert worden sind, auf die Diskussion um den Dortmunder Stadtteil Nordstadt eingegangen. Soziale Probleme in dem Viertel werden von Anwohner_innen, Politiker_innen, Presse und der Polizei ethnisiert und es wird in üblerer rassistischer Manier gegen Roma, Bulgar_innen und Rumän_innen gehetzt.

Mehr Informationen zu Dortmund: dab.nadir.org



Rezension: Wege des Gedenkens

Anfang 2011 wusste die LOTTA (antifaschistische Zeitung aus NRW, Rheinland-Pfalz und Hessen) mit einer Sonderausgabe zu überraschen. Zeitgleich mit der regulären Ausgabe 41 erschien ein Buch mit dem Titel „Wege des Gedenkens – Erinnerungsorte an den Nationalsozialismus in Nordrhein-Westfalen“. Damit legt die LOTTA einen Überblick über die Gedenkstätten an den Nationalsozialismus in NRW vor, von denen die zehn wichtigsten vorgestellt werden.

Die Gedenkstätten-Landschaft in NRW unterscheidet sich erheblich von der anderer Bundesländer. In NRW findet sich eine Vielzahl an kleineren, regionalen Gedenkstätten. Viele dieser Einrichtungen entstanden in den letzten 20 bis 25 Jahren im Zuge von lokalen Auseinandersetzungen mit der NS-Vergangenheit, welche vor allem von antifaschistischen Gruppen und kritischen Geschichtswerkstätten geführt wurden.

NS-Gedenkstätten in NRW

Die älteste Gedenkstätte in NRW ist die Gedenkhalle im Schloss Oberhausen. Sie wurde im September 1962 eröffnet. Lange Zeit blieb sie die einzige Mahn- und Gedenkstätte. Trotz der 1968er, die gegen die Verhältnisse in der Bundesrepublik rebellierten und die NS-Kontinuitäten in Politik, Justiz und Wirtschaft skandalisierten, fand kaum eine tiefer gehende Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und insbesondere mit der Shoa statt. Die Auseinandersetzung mit dem NS-Massenmord und der lokalen NS-Geschichte setzte erst Mitte der 1970er Jahre, quasi im Nachgang der 68er-Revolution, ein. Die als Teil der neuen sozialen Bewegungen entstandenen Geschichtsinitiativen von unten begannen die NS-Geschichte vor Ort zu erforschen. Zeitgleich fanden in NRW Ende der 1970er Jahre zwei größere Prozesse gegen NS-Verbrecher statt; der Lischka-Prozess in Köln (1979) und der Majdanek-Prozess in Düsseldorf (1975-1981). Die zumeist kontroversen Auseinandersetzungen der Geschichtsinitiativen und der VVN (Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes) mit den Behörden führten in den 1980er und 1990er Jahren zur Gründung weiterer Erinnerungsorte.

Die Zukunft der Erinnerung

Neben der Geschichte der NS-Gedenkstätten werden im LOTTA-Buch auch aktuelle Fragen der Gedenkstättenarbeit in den Blick genommen. Die Zukunft des Gedenkens an die Verbrechen des Nationalsozialismus wird in Interviews mit Mitarbeiter_innen von Gedenkstätten und Aktivist_innen von Geschichtsinitiativen diskutiert. Dabei steht nicht nur die Frage des Gedenkens und der Vermittlung ohne Zeitzeug_innen im Raum, sondern auch welche inhaltlichen Schwerpunktsetzungen gelegt werden. Der Umbruch der Erinnerungskultur ist im vollen Gange, die



Erinnerung an die Verbrechen ist Teil der Staatsräson geworden, „Deutschland hat aus seiner Geschichte gelernt“, heißt es. Gleichzeitig wird die Erinnerung an die Shoa universalisiert und damit oftmals aus ihrem historischen Kontext gerissen und nicht selten relativiert. Auf diese Entwicklungen müssen Gedenkstätten reagieren. Sie bewegen sich selbst im Spannungsfeld zwischen der Ebene des Gedenkens und Erinnerns auf der einen Seite, und der Vermittlung von geschichtlichem Wissen auf der anderen. Besonders interessant ist, dass nicht nur Historiker_innen und Gedenkstättenpädagog_innen zur Frage der Vermittlung zu Wort kommen. Ein Interview mit Norbert Nowotsch, Prof am Fachbereich Design der FH Münster, behandelt die

audio-visuelle Konzeption von Ausstellungen und Gedenkort.

Antifa und Geschichte

Innerhalb von antifaschistischen Zusammenhängen spielt die Beschäftigung mit Gedenkstätten meist nur eine untergeordnete Rolle. Antifaschistische Geschichtspolitik findet oft nur zu einzelnen geschichtspolitischen Events wie dem Jahrestag der Bombardierung Dresdens statt. Mit der regionalen NS-Vergangenheit und der heutigen Erinnerungspolitik vor Ort wird sich eher selten beschäftigt. Dabei zeigen sich gerade dort (und dies gilt in Münster im Besonderen) der Umgang der Gesellschaft mit der Erinnerung an die NS-Verbrechen sowie oftmals auch revisionistische Tendenzen. Da die Bekämpfung von Geschichtsrevisionismus und der „Entsorgung der Vergangenheit“ zentrale Punkte der antifaschistischen Politik sind, ist es zwingend notwendig sich auch mit der lokalen Geschichte auseinanderzusetzen.

Die LOTTA-Sonderausgabe bietet dafür eine hervorragende Grundlage, weil sie die verschiedenen Erinnerungsorte vorstellt. Dabei zeigt sich: Dass es Gedenkstätten wie die „Villa ten Hompel“ in Münster gibt, erscheint den jüngeren Antifaschist_innen unter uns als Selbstverständlichkeit. Doch diese Orte der Auseinandersetzung mit dem NS sind das Ergebnis des „Drucks von unten“ und des Engagements engagierter Antifaschist_innen. Zudem liefert das Buch einen Einblick in die aktuellen Diskussionen und Auseinandersetzungen. Wir sagen: Das (sehr günstige) Buch sollte in keinem Regal fehlen!

LOTTA (Hrsg.):

Wege des Gedenkens. Erinnerungsorte an den Nationalsozialismus in Nordrhein-Westfalen

187 Seiten, 6 Euro

Zu bestellen unter: <http://projekte.free.de/lotta>

Impressum + Kontakt:

Antifaschistische Linke Münster, c/o Don Quijote, Scharnhorststr. 57, 48151 Münster
antifa-linke-muenster[at]riseup.net // PGP-Key auf Anfrage // www.antifa-muenster.de/ms
Vi.S.d.P.:A. Meier, Adresse wie rechts